



Amtsgericht Trier | Postfach 1110 | 54201 Trier

**Per E-Mail**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Justizstraße 2, 4, 6  
54290 Trier  
Telefon 0651 466-4202  
Telefax 0651 466-49 00  
agtr@ko.jm.rlp.de  
www.agtr.justiz.rlp.de

**Mein Aktenzeichen**  
154 E  
Bitte immer angeben!

**Ihr Schreiben vom**  
10.10.2024

**Ansprechpartner / E-Mail**  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

**Telefon / Fax**  
XXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXX

**Trier, 11.11.2024**

**Beantwortung Ihrer erneuten Anfrage vom 10. Oktober 2024**

Sehr geehrte xxxxxxxxxxxxxxxx,

hiermit antworten wir auf Ihre E-Mail vom 10.10.2024. Ihre Anfrage wird als neuer Antrag nach §§ 2 Abs. 2, 11 Landestransparenzgesetz (LTranspG) und nicht als Widerspruch behandelt. Sie rügen zwar unser Antwortschreiben an Sie vom 01.10.2024 mit dem wir bereits Ihre Anfrage vom 29.08.2024 beantwortet haben – in Ihrer erneuten E-Mail betonen Sie jedoch ausdrücklich, dass Sie hiermit neue Anträge nach dem LTranspG bei unserem Gericht stellen.

Auf Ihrer Anmerkungen hin möchten wir unsere Auskunft vom 01.10.2024 zunächst korrigieren beziehungsweise präzisieren. Es ist richtig, dass wir als Gericht durch das Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz darüber informiert worden sind, dass seitens des Ministeriums Verträge mit den Verlagen C.H. Beck, juris und Wolters Kluwer über den Bezug von Juristischen Informationssystemen geschlossen worden sind. Diese Verträge liegen hier jedoch nicht vor und auch ihr Inhalt ist uns nicht bekannt, sodass wir Ihnen hierzu keine weiteren Informationen zur Verfügung stellen können. Ob der von Ihnen vorgelegte Vertrag aus Hamburg, der im Übrigen, erlauben Sie mir diesen Hinweis, nicht durch das Landgericht Hamburg, sondern durch die Behörde für Justiz

**Sprechzeiten**  
09.00-12.00 Uhr  
nachmittags nach  
Vereinbarung

**Verkehrsanbindung**  
Bus ab Hauptbahnhof  
Linie 3 und 13 bis Haltestelle  
Nikolaus-Koch-Platz  
(gegenüber dem Gericht)

**Parkmöglichkeiten**  
City-Parkhaus, Böhmerstraße  
Parkplatz für Behinderte: vor dem Gerichtsgebäude  
nach tel. Voranmeldung: 0651 / 466-1001



und Verbraucherschutz Hamburg geschlossen worden ist, in Rheinland-Pfalz genauso aussieht, kann von hier aus nicht beurteilt werden.

Im Übrigen verweise ich vollumfänglich auf meine Antwortschreiben vom 01.10.2024. Weitere Informationen können Ihnen von hier aus nicht zur Verfügung gestellt werden, da solche hier nicht vorliegen.

Es besteht kein umfassender Anspruch auf die einzelne Beantwortung aller von Ihnen vorgelegten 40 Fragen (mit Unterfragen).

Gemäß § 12 Abs. 1 S. 1 LTranspG kann die informationspflichtige Stelle nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmen, in welcher Form sie die begehrten Informationen zu Verfügung stellt. Wird dem Informationsbegehren anstelle einer separaten Beantwortung aller 40 Fragen (mit Unterfragen) durch eine andere Antwortform inhaltlich Genüge getan, kann die informationspflichtige Stelle diese Vorgehensweise wählen.

Des Weiteren besteht bei Fragen, bei denen Sie um persönliche oder rechtliche Einschätzungen bitten, von vornherein kein Anspruch auf Beantwortung nach dem LTranspG. Beispiele für solche Fragen sind die Ziffern 21 und 24, aber auch die neuen Fragen in Ihrem erneuten Antrag.

Ein Antrag nach dem Landestransparenzgesetz kann nicht über den Zweck dieses Gesetzes hinausgehen. Zweck des Landestransparenzgesetzes ist nach § 1 Abs. 1 LTranspG den Zugang zu amtlichen Informationen und zu Umweltinformationen zu gewährleisten. Nach §§ 4 Abs. 2, 5 Abs. 2 LTranspG sind amtliche Informationen alle dienstlichen Zwecken dienende Aufzeichnungen, über die die transparenzpflichtige Stelle verfügt oder die für sie bereitgehalten werden. Dies trifft auf Fragen, mit denen wir um persönliche oder rechtliche Einschätzungen gebeten werden, nicht zu. Solche Einschätzungen stellen keine Informationen im Sinne des LTranspG dar.

Schließlich trifft uns auch keine Informationsbeschaffungspflicht. Was § 38 DRiG mit Ihrem Antrag zu tun hat, ist hier nicht ersichtlich.

Weitere Anspruchsgrundlagen, nach denen Sie einen Anspruch auf Beantwortung ihres Fragenkatalogs haben könnten, liegen nicht vor.



Wir hoffen, Ihnen abermals weitergeholfen zu haben. Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an das Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

Die Direktorin des Amtsgerichts

gez. i.A. Heinemann

Richter am Amtsgericht – als ständiger Vertreter der Direktorin -

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Des Weiteren haben Sie nach § 12 Abs. 4 Satz 6 LTranspG die Möglichkeit, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, anzurufen.